

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
vom 1. August 1921 an
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsboten 80.—
durch die Post 80.—

Fernsprecher: 4248, 2273.
3110, 2249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Der Oberste Rat an der Arbeit.

Über die Einzelheiten der bedeutsamen Dienstagsitzung geht uns jetzt noch folgender eingehender Bericht zu:

Die Sitzung begann mit den Vorträgen der alliierten Oberkommissare in Oberschlesien. General Lerond erklärte, die Lage sei sehr ernst, man dürfe die Sicherheit der alliierten Truppen nicht aus dem Auge verlieren, die durch das Weiterbestehen der deutschen Truppen gefährdet sei. Er verlangte eine schnelle Lösung. Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart glaubt nicht an eine unmittelbare bevorstehende Gefahr, obwohl er auch davon überzeugt ist, daß die deutschen Organisationen weiterbestehen. Die Gefahr würde erst dann zum Ausdruck kommen, wenn die Polen die Deutschen angreifen würden. In diesem Falle wären die alliierten Truppen ungenügend. Dieser Lage müßte ein Ende gemacht werden. Der italienische Oberkommissar, General de Martini, glaubt ebenfalls nicht an eine unmittelbare bevorstehende Gefahr, aber er tritt trotzdem für eine schnelle Lösung ein. So dann ergreift Lloyd George das Wort. Der englische Premierminister weist zunächst auf die Schwierigkeiten des oberschlesischen Problems hin und drückt seine Freude über die Anwesenheit des amerikanischen und japanischen Delegierten aus. Die Lösung des oberschlesischen Problems erklärte er, hängt von den drei Mächten ab, die in der Lage sind, militärische Verstärkung nach Oberschlesien zu entsenden, nämlich England, Italien und Frankreich. England und Italien vertreten ein und denselben Standpunkt, nur Frankreich nimmt eine entgegengesetzte Stellung ein. So warm auch der Wunsch Englands ist, die Frage geregelt zu wissen, so ist der englische Premierminister doch davon überzeugt, daß es im Interesse des Weltfriedens liegt, daß die Lösung nicht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung erfolgen darf. Lloyd George erklärte, daß Oberschlesien seit 700 Jahren zum germanischen Boden gehörte, d. h. länger als die Normandie Frankreich gehört. Allerdings hat Schlesien zu Österreich gehört, bevor es ihm von Friedrich dem Großen entrissen wurde, aber selbst in diesem Falle wäre das Gebiet 180 Jahre lang deutsch, d. h. länger, als Elsass-Lothringen eine französische Provinz war, bevor es Frankreich 1871 entrissen worden ist. Von einer Gesamtbevölkerung von 5 200 000 Einwohnern seien nur 1 300 000 Polen. Das Abstimmungsgebiet umfaßt nur einen Teil Oberschlesiens und trotzdem habe die Abstimmung vom 20. März eine Mehrheit für Deutschland von $\frac{1}{2}$ gegen $\frac{1}{2}$ für Polen ergeben. Infolgedessen schlägt der englische Premierminister vor, daß die Sachverständigen nur Antrittungen auf folgender Grundlage erhalten sollen:

1. Es ist unzulässig, daß das Industriegebiet als eine künstliche Schöpfung betrachtet wird. Es ist ferner unzulässig, daß die Abstimmung eines Bauern mehr Wert haben soll, als diejenige eines Handwerkers.
2. Die Industriegebiete, die sich mit 2 zu 1 für Deutschland ausgesprochen haben, werden Deutschland zugutehalten.
3. Die an das Industriegebiet angrenzenden Regionen müssen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, um zu sehen, in welcher Weise sie dem Industriegebiet angegliedert werden können.

Am Nachmittag ergriff Briand das Wort, um den französischen Standpunkt bekanntzugeben. Er erklärte zunächst, Frankreich habe nicht die Absicht, einem Verwundeten auf dem Schlachtfeld den letzten Stoß zu versetzen. Aber schließlich müsse es nach jedem Kriege Sieger und Besiegte geben. Frankreich wünsche eben so sehr wie die übrigen Alliierten, den Siegten ein gerechtes Los zu sichern. Briand erklärte, daß die Entente beschlossen habe, das polnische Volk wieder auferstehen zu lassen. Unter diesen Umständen stellte sich sofort die Frage der Grenzen des neuen Staates ein. Die Friedenskonferenz habe dieses Problem vom technischen Standpunkt aus geprüft. Briand erinnerte an die Art und Weise, in der die Abstimmung in Oberschlesien vor sich ging. Alle Welt müsse sich darüber klar sein, daß eine Abstimmung denselben Wert habe wie die andern, und daß die Stimme eines Bauern nicht minderwertiger wie diejenige eines Arbeiters sei. Vom technischen Standpunkt aus habe die Stimme eines Ausgewanderten nicht denselben Wert wie die Stimme eines Bewohners, der im Lande geblieben sei, der eher am Schicksal seines Landes interessiert werde als der Ausgewanderte. Man habe die Ausgewanderten an der Abstimmung teilnehmen lassen. Von den 200 000 Ausgewanderten, die an der Abstimmung teilgenommen haben, hätten 180 000 für Deutschland gestimmt. Briand spricht sodann von dem sogenannten industriellen Dreieck. Er erklärte, daß dieses Dreieck eine künstliche Schöpfung sei. Wenn man nach einer wirtschaftlichen Grenze suche, so gebe es vom industriellen Standpunkt aus nur eine einzige, nämlich die Gesamtheit des Industriegebietes. In diesem Industriegebiet hätten jedoch die Polen eine Mehrheit von 50 000 Stimmen. Diese technischen Betrachtungen müßten vorherrschen. Die französische Regierung habe sich in ihrem Projekt von ihnen leiten lassen. Deutschland erhält die Mehrheit der Einwohner, die für Deutschland gestimmt haben, und Polen die Mehrheit derjenigen, die für Polen gestimmt haben. Das wäre im englischen Projekt nicht der Fall, das 70% der Stimmen Deutschland zuerteile, während Polen nur 11% deutsche Stimmen erhält. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte der französische Ministerpräsident, es müsse der Wunsch aller Alliierten sein, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage herbeizuführen, die dem Friedensvertrag von Versailles und dem Resultat der Abstimmung entspreche. Die französische Regierung werde in dieser Hinsicht alles tun, was sie könne. Sodann ergriff der italienische Ministerpräsident Vojnović das Wort und trat für eine Vermittlung zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt ein. Dieselbe Haltung nahm auch der japanische Vertreter Ōishi ein. Der amerikanische Delegierte Harvery nahm an der Debatte nicht teil.

Zum Schluß der Sitzung prüfte der Oberste Rat die kleinasiatische Frage und besonders den griechisch-türkischen Konflikt. Die Frage der Neutralität der Alliierten wurde aufgeworfen. Die Angelegenheit soll am nächsten Tage weiter besprochen werden. Die Mittwochsitzung des Obersten Rates begann um 11 Uhr im Ministerium des Innern. Briand gab bekannt, daß die Sachverständigenkommission für Oberschlesien ihre Arbeit nicht vor 11 Uhr heute abend beendet haben wird. Unter diesen Umständen wird der Oberste Rat erst morgen die oberschlesische Frage besprechen. Der Oberste Rat beschäftigte sich sodann mit der Orientfrage und besonders mit dem Problem der Neutralität gegenüber Griechen und Türken. Briand vertrat den Standpunkt, daß die Neutralität keineswegs verlangt, daß die Kaufleute bei Privatpersonen mit dem Embargo belastet werden. Die Bestellungen können angenommen und ausgeführt werden, solange die Regierungen in der Angelegenheit nicht intervenieren. Die alliierten Regierungen haben beschlossen, im griechisch-türkischen Konflikt eine vollkommene Neutralität zu bewahren. Sie haben sich darüber geeinigt, an dem Konflikt nicht durch die Entsendung von Hilfe, sei-

es in Form von Truppen, Kriegsbedarf oder durch Gewährung von Krediten teilzunehmen, ohne daß jedoch die Entschließung die Handelsfreiheit beeinträchtigen darf. Der Oberste Rat nahm folgende Entschließung an: Die alliierten Regierungen behalten sich die Möglichkeit vor, ihre Vermittlung anzubieten. Sie sind jedoch der Ansicht, daß der Augenblick für eine solche Intervention, wenn sie Erfolg haben soll, noch nicht gekommen ist. Schließlich beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage von Konstantinopel und der Meerenge.

Der erste Teil der Mittwochsitzung des Obersten Rates war den Fragen der Luftschiffahrt gewidmet. Marschall Joffé charakterisierte die Unterschiede, die zwischen den privaten und den militärischen Luftschiffahrt bestehen. Der Reihe nach prüfte der Oberste Rat den allgemeinen Stand der einzelnen Kontrollkommissionen in den ehemals feindlichen Staaten. Das Ergebnis der Aussprache war ein Antrag, der von Vertretern aller Delegationen angenommen wurde, und der die Überweisung der Angelegenheiten der Kontrollkommission an die interalliierte Militärikommission zur Prüfung fordert. In dem Bericht, den das Komitee den Regierungen der interalliierten Staaten vorlegen soll, werden die Arbeiten von der genannten Kommission bereits ausgeführten Arbeiten und die noch auszuführenden Arbeiten bezeichnet sein. Endlich werden Vorschläge gemacht, die die Art und Weise betreffen, in der in Zukunft über die Durchführung des Versailler Vertrages gewacht werden soll. Briand sprach darauf über Hilfsaktionen für Russland. Die französische Regierung, so sagte er, nimmt an, daß die gegenwärtige Sitzung des Obersten Rates das Unglück nicht verhindern kann, welches das russische Volk betroffen hat. Aber alle Verbündeten Staaten und vor allem Frankreich können die Hilfe, die Russland ihnen während des Krieges geleistet hat, nicht vergessen. Briand schlug den Verbündeten vor, sich an der Aktion der großen humanitären Institutionen zu beteiligen, jedoch nicht in offizieller Form. Am Schluß riet der Ministerpräsident Amerika, auch an der Aktion teilzunehmen und einen Verband zu schaffen, dessen Aufgabe es wäre, mit dem russischen Volk in unmittelbare Verbindung zu treten. In dieser Hinsicht wäre die Hilfe der tschechoslowakischen Regierung notwendig.

Donnerstag vormittag fand keine Sitzung des Obersten Rates statt. Dagegen begaben sich alle Mitglieder des Rates nach Ramboillet, wo Präsident Millerand dem Obersten Rat zu Ehren ein Frühstück gab.

Über die unterdes beendete Arbeit der Sachverständigen und ihr Ergebnis sind Gerüchte verschiedener Art im Umlauf. Es wurde, wie es heißt, um jeden Fuß breit Erd geschäuft und das Ergebnis soll nach den Meldungen eines Teils der Ententepresse ein Vorschlag sein, der auf eine der Sjorgaline ähnliche Grenze hinausläuft. Nach anderen Meldungen haben die Sachverständigen sich mit der Frage der Grenzzfestigung überhaupt nicht beschäftigt, sondern teilten das oberschlesische Dreieck in eine Anzahl von Streifen — nach dem "Matin" sind es zehn, nach dem "Petit Parisien" etwa sechzehn — von denen drei an Deutschland, drei an Polen fallen sollen, während über die übrigen die Entscheidung noch getroffen werden muß.

Das Programm der Tagung sah eine Sitzung für Mittwoch nachmittag vor, die um fünf Uhr beginnen sollte. Diese Sitzung fand nicht statt.

Die Mitglieder der interalliierten Kommission sollen nach einer Meldung des "Lutrangeant" sofort, nachdem die Entscheidung gefallen ist, nach Oppeln zusammefahren und dort die Truppen kriegs bereit machen lassen. Darauf werden, so berichtet das genannte französische Blatt weiter, die Ententegouvernements an die deutsche und die polnische Regierung Noten richten mit dem nachdrücklichen Hinweis darauf, welche Verantwortung jede der beiden Regierungen auf sich nehmen würde, wenn sie Unruhen in dem ihr zugesprochenen Teil Oberschlesiens zuließe.

Die diplomatische Urkunde über die endgültige Lösung der oberschlesischen Frage, deren Abfassung, wie das "Journal" meldet, den Sachverständigen übertragen werden wird, soll nach Schluß der ganzen Tagung in einer besonderen Sitzung des Obersten Rates ratifiziert werden.

Der Pariser Korrespondent von Neuters Büro meldet, Lloyd George hätte die Hoffnung ausgesprochen, daß die Arbeit des Obersten Rates am 12. August beendet sein wird, und er, Lloyd George, am 13. August nach London wird abreisen können.

Nach Nachrichten, die deutsche Banken in Schlesien erhalten haben sollen (wir entnehmen diese Meldung einer polnischen Zeitung), ist damit zu rechnen, daß Katowice Polen zugesprochen wird, Beuthen und Glivitz dagegen bei Deutschland bleiben. Polen soll angeblich einen Teil des Kreises Kreuzburg, des Kreises Rosenberg, des Kreises Lublin, des Kreises Tarnowitz und den östlichen Teil des Kreises Beuthen erhalten, so daß die Eisenbahnlinie, die Polen dann zu bauen hätten, um Katowice mit Tarnowitz zu verbinden, von Laurahütte über Deutsch-Pieskau nach Radzionka gehen würde.

Um den Westen des Kreises Rybnik.

Beuthen, 12. August. (PAT.) Nach Berliner Depeschen beschäftigte sich die Kommission der Sachverständigen auch mit dem Plan, Deutschland den westlichen Teil des Kreises Rybnik zugewiesen zu erkennen, dort befinden sich reiche Kohlenlager, die bisher noch nicht ausgebaut wurden. Da wirtschaftliche Rücksichten über den nationalen Interessen stehen, sollte Polen dafür einen Teil der Kreise Kreuzburg, Rosenberg, Lublin und Tarnowitz bekommen, damit Polen die Eisenbahnlinie Krakau, Katowice, Polen erhalten kann. Diese Linie müßte aber Beuthen umgehen, welches den Deutschen zufließen soll. Die Eisenbahnverbindung von Radzionka müßte dann durch Laurahütte längs der jetzigen polnischen Grenze gehen. Die deutschen Zeitungen berichten, daß ein gewisses englisches Konsortium Kohlegebiete im Kreise Rybnik angekauft habe. England bestreite deshalb auf diesem Entwurf.

Beuthen, 12. August. (PAT.) Nach den letzten Depeschen aus Berlin und Paris hat der Ausschuß der Sachverständigen zwei Teilingsentwürfe für das Industriegebiet bearbeitet: der eine sieht eine von Westen nach Osten laufende Grenzlinie vor, der zweite dagegen eine Grenzlinie von Norden nach Süden. In dem ersten Entwurf wird von einer Grenze zwischen Beuthen und Katowice gesprochen. Nach dem zweiten Entwurf sollen Gleiwitz und Zabrze (Görlitz) auf deutscher Seite bleiben. Außerdem soll Deutschland danach den westlichen Teil der Kreise Pleß und Rybnik mit einer Anzahl noch nicht ausgebauteter Kohlenlager erhalten.

Lloyd George über die Hilfsaktion für Russland.

Paris 12. August. (PAT.) Lloyd George schloß sich der Ansicht Briands an, daß der russischen Bevölkerung geholfen werden müsse. Er wies jedoch auf die Schwierigkeiten hin, die mit der Durchführung einer Hilfsaktion deswegen verknüpft sind, weil an-

Poznaner Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens. 15.—M.
im Reklameteil 40.—M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Reklameteil 10.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Polen und Litauen.

Wilna, 12. August. (PAT.) Die Zeitung "Słowo Wilenskie" meldet: In Kowno fand ein Kriegsrat statt in Anwesenheit des Präsidenten Galwanowski, der über die politische Lage von Kowno-Litauen berichtete. Galwanowski erklärte auf eine friedliche Beilegung des Streites zwischen Litauen und Polen nicht zu rechnen. Eine Entscheidung sei nur mit der Waffe herbeizuführen. Litauen befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage und könnte auf den Besitz von Wilna nicht verzichten. In Bezug auf diese Frage bildeten sich zwei Gruppen. Die eine Gruppe, der hauptsächlich die jüngeren Offiziere angehören, verlangt den Krieg, und erklärt, der Weg nach Kowno ginge für die Polen nur über die Leichen der Litauer. Die andere Gruppe, der hauptsächlich ältere Militärpersonen aus der früheren russischen Armee angehören, hält einen Krieg mit Polen für Wahnsinn und unnötiges Blutvergießen und ist der Ansicht, man müsse sofort den Entwurf Hymans' annehmen. Es kam zu einem Kompromißeschluß, auf alle Fälle Kriegsbereitschaft fordert, damit auf diese Weise bei den Verhandlungen mit Polen die litauischen Forderungen größeren Nachdruck erhalten.

Im allgemeinen bemühen sich die litauischen Militärbehörden, dauernd eine gespannte Stimmung aufrecht zu erhalten. Unter anderem wurde das Gerücht verbreitet, die Truppen des Generals Beligowski hätten sich zum Zweck einer Offensive umgruppiert und wären zum Vormarsch bereit.

Militärische Rüstungen in Litauen?

Wilna, 12. August. (PAT.) Aus Kowno wird gemeldet: In den letzten Tagen nahm die fieberhafte Organisationsaktivität in den Partisanenabteilungen zu. Es finden unausgefehlte militärische Übungen statt. Die Partisanenabteilungen haben neue Waffen- und Munitionstransporte erhalten. Jeder Partisan erhält einen Karabiner, 100 Patronen und zwei Granaten. Außerdem erhielten die Abteilungen Maschinengewehre und Kanonen.

Ein Überfall in der neutralen Zone.

Wilna, 12. August. (PAT.) Am 8. August führte eine Bande von Litauern, etwa 20 Mann, unter Führung des Polizeichefs der Stadt Szyrwint einen Überfall auf die neutrale Zone aus und zwar auf die Dörfer Nowizance und Romaszynce. In letzterem Dorf wurden drei Pferde fortgeführt, ein Bauer getötet und fünf Bauern verschleppt, ohne daß der Grund der Verschleppung mitgeteilt wurde.

Die bevorstehenden Verhandlungen.

Geneve 12. August. (PAT.) Die litauische Regierung teilt mit, daß die litauische Delegation am 25. August zur Aufnahme der von Hymans vorgeschlagenen Verhandlungen mit Polen in Genf eintrifft werden wird.

Die Türken räumen Angora.

Angora, 11. August. Die militärischen Behörden und die Nationalversammlung in Angora haben beschlossen, die Stadt zu räumen. Die Regierung soll nicht nach Sivas, sondern nach Cesarea verlegt werden.

Haldanes unpolitische Reise nach Deutschland.

Paris, 11. August. Lord Haldane, der bekannte frühere englische Kriegsminister, der auch besonders bekannt geworden ist durch seinen Versuch, eine Verständigung mit Berlin anzustreben, ist am Freitag von London nach Deutschland abgereist und befindet sich gegenwärtig in Göttingen. Haldane soll versichert haben, seine Reise verfolge absolut keine politischen Zwecke. Er reise als Privatmann und werde sich vornehmlich in deutschen Universitätsstädten aufhalten. Immerhin wird festgestellt, daß Haldane im Besitz eines diplomatischen Passes ist.

Eine estnische Note gegen die Sowjetregierung.

Riga, 12. August. (PAT.) Aus Reval wird gemeldet: Der estnische Gesandte in Moskau überreichte dem Auslandskommissariat eine Note, die gegen die Nichterfüllung des Friedensvertrages durch Sowjetrussland protestiert. In der Note wurden die einzelnen Punkte aufgezählt, in denen der Vertrag verletzt wurde. Die Note spricht die Hoffnung aus, daß die russische Regierung dieser Art von Verträgen ein Ende machen wird.

Die Hungersnot in Russland.

Riga 12. August. (PAT.) Der Rigauer Volkskommissar für öffentliche Auflösung Lunatscharski schildert in der Bresche die Lage der russischen Bevölkerung in den vom Hunger betroffenen Bezirken und hauptsächlich das massenhafte Sterben der Kinder. Er führt Fälle an in denen die an der Wolga wohnende Bevölkerung Kinder aus Mangel an Nahrung extränkt. Radet betont in seinen Ausführungen über das Hilfswerk für die Hungenden, daß in Moskau gebildet wurde, daß die Sowjetregierung keine Rettung in der Philanthropie sieht, sondern die arbeitende Bevölkerung zur Selbsthilfe aufruft, die allein den Hunger mit Erfolg bekämpfen kann. Radet ist der Ansicht, daß die Elemente der Bourgeoisie, die im Hilfswerk für die Hungenden tätig sind, außer humanitären auch politischen Zwecken verfolgen.

Ausstände.

Straßenbahnerausstand in Krefeld.

Krefeld, 10. August. Hier sind am Dienstag die Straßenbahner ausgestellt in den Ausstand getreten. Nur 10 Stimmen hatten sich gegen den Streit ausgesprochen.

Ausstand im italienischen Textilgewerbe.

Rom, 10. August. (Tel.-U.) Ein neuer Kreisentwickel steht im Textilgewerbe unmittelbar bevor. Nachdem die Fabrikanten wegen schlechter Konjunktur die Lohnverträge gefündigt haben, beschlossen die Arbeiter in ganz Italien am 11. August in den Streit zu treten.

Politische Tagesneuigkeiten.

Der neue Präsident für Memel. Der neue Präsident des Landesdirektoriums des Memelgebietes, der großlitauisch orientierte Regierungsrat Stevutat, spielt in der großlitauischen Bewegung eine große Rolle. Er ist zusammen mit den Agitatoren Gaigalai und Strelks das geistige Haupt der großlitauischen Bewegung, die ihn bereits im vorigen Jahre zum Präsidenten von Memel vorgeschlagen hat.

Fasisten und Kommunisten. "Tempo" und "Messaggero" berichten über eine Reihe von Zusammentreffen zwischen Fasisten und Kommunisten in Turin, wo es einen Toten und 15 Verwundete gab, sowie an verschiedenen anderen Plätzen in den Provinzen Modena, Parma und Mantua.

Deutsches Schulwesen im Auslande.

Der deutsche Schulverein in Windhuk hörte den Bericht über die Verhandlungen mit dem Administrator hinsichtlich der Übernahme des deutschen Schulwesens auf die Mandatsverwaltung und fasste nach längerer Aussprache einstimmig eine Resolution: "Da die Verhandlungen mit dem Administrator zu keinem arrehrbaren Ergebnis geführt haben, wird die Weiterführung der Windhuker Schule als Privatschule beschlossen".

Republik Polen.

Der Vorsitzender des Kreisgerichts Witos? Polnische Blätter melden gerüchtweise, Ministerpräsident Witos habe die Absicht, zurückzutreten, sobald die oberschlesische Frage endgültig gelöst sein wird.

Deutsches Reich.

Angriff des Reichsjustizministers auf die deutsche Rechtspflege. Gegen den Erlass des Reichsjustizministers, der eine Prüfung sämtlicher Urteile, in denen von den Sondergerichten auf Buchtausstrafe erlassen ist, anordnet, haben die Halleischen Richter in einer Entscheidung Stellung genommen, in der sie sagen: Zu dem Erlass einer solchen Anordnung sei der Reichsjustizminister zwar formell berechtigt. Die darin enthaltenen Richtlinien führen jedoch dazu, daß fast sämtliche Buchtausstrafen nicht vollstreckt würden. Der Umfang des Gnadenverlasses würde durch den Erlass die gleiche Wirkung erreichen, wie durch eine Amnestie, die nur im Wege des Gesetzes erlassen werden könnte. In der Bevölkerung werde der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht seien. So stelle der Erlass des Ministers einen Angriff auf die Rechtspflege dar, der geeignet sei, die Achtung vor dem Gesetz zu verringern, die Wiederherstellung der Staatsautorität zu erschweren, und die verlassungsfeindlichen Elemente zu gemeinsamem Vorgehen zu ermutigen.

Die Heranziehung des produktiven Kapitals. Wie die Zentrumsparlamentskorporation von unterrichteter Seite hört, untersagen z. B. der Reichsregierung noch sehr weitgehende Pläne der Bearbeitung. Diese werden aber erst nach der Klärung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage zum Abschluß gebracht werden können. Das "Berl. Tagebl." fügt hinzu, daß darunter auch eine weitere Heranziehung des produktiven Kapitals (nicht des Rentnerkapitals) in einer Form vorgesehen ist, die man auch als eine Eröffnung der Sachwerte ansprechen zu können glaubt. Dieses Projekt bewegt sich im Zusammenhang mit der laufenden Vermögenssteuer ungefähr in einer Richtung, wie sie z. B. von verschiedenen Seiten an Stelle des Reichsnottopfers vorgeschlagen worden ist.

Berhaftung eines deutschen Polizeikommissars im besetzten Gebiet. Die französischen Behörden haben in Wiesbaden den deutschen Polizeikommissar Kleifort verhaftet.

Der bayerische Landtag und die "Gegenliste". In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtages teilte die Regierung mit, sie habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, mit dem Auswärtigen Amt über die Frage der Gegenliste der feindlichen Kriegsverbrecher Rücksprache zu nehmen. Das Auswärtige Amt habe den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet zu einer solchen Aktion gehalten. Dem

gegenüber war die bayerische Regierung der Ansicht, daß die Veröffentlichung der Gegenliste nicht länger hinausgeschoben werden sollte. Die Welt werde angeogen. Die Zahl und Schwere der begangenen Kriegsverbrechen sei auf der Gegenliste weit größer. Die Ungeheueren Lügen und das ungeheure Unrecht am deutschen Volke und am deutschen Namen müssen aufgehört, damit wieder Gerechtigkeit und Wahrheit werde. Im Interesse der Welt und des deutschen Namens müsse daher die Gegenliste veröffentlicht werden. Weil die Eure und die Erbten als Nation auf dem Spielen stehen, dürfe es kein Jögern geben. Es müsse ein entschlossenes Handeln erfolgen. Der Antrag auf Verabschiedung der Gegenliste wurde vom Landtag gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei angenommen.

Freistaat Danzig.

* Die Dienstagsitzung der Stadtverordnetenversammlung begann mit Verspätung, da zunächst die Linke nicht erschien und Gerüchte umherschwirrten, sie berate über die gegen den Senat auch in der Stadtverordnetenversammlung durchzuführende Obstruktion wegen der Verhaftung der Abgeordneten Kahn und Schmidt, die gleichzeitig der Stadtverordnetenversammlung angehören. Nachdem der Vorsitzende, Geh. Justizrat Keruth, bis gegen 12 Uhr mit dem Beginn gewartet hatte, eröffnete er die Sitzung und stellte fest, daß das Haus auch ohne Anwesenheit der Linken beschlußfähig sei. Der Stadtverordnete Fabian wurde an Stelle der ausscheidenden Frau Landmann (Centrum) neu eingeführt und verschiedene Wahlen vorgenommen. Darauf erschien auch die Linke im Sitzungssaal. Stadt. Mau erklärte, der Senat habe unter Bruch der Verfassung und wider den Willen des Volksratspräsidenten die Stadtverordneten Kahn und Schmidt verhaften lassen und dadurch eine politisch so unklare Lage geschaffen, daß an ein sachgemäßes Verhandeln nicht zu denken sei. Er beantragte daher Vertagung der Sitzung auf den nächsten Dienstag. Nachdem auch die Sozialisten und Polen sich mit gewissen Einschränkungen mit diesem Antrage einverstanden erklärt hatten, wurde abgestimmt. Hierbei stellte sich heraus, daß die Mehrheit von einer Vertagung nichts wissen wollte, worauf die Kommunisten und Unabhängigen geschlossen den Sitzungssaal verließen. Unbekümmert darum wurden die Verhandlungen fortgesetzt und der Rest der Tagesordnung fast ohne jede Aussprache reibungslos erledigt.

* Aus dem Volksstaat. Die Mehrheitssozialisten haben folgende rohe Anfrage gestellt. Volksrat einbrachte: Ist dem Senat bekannt, daß entgegen der durch den Herrn Senatspräsidenten im Volksrat abgegebenen Erklärung, daß sich kein Vorwegen nicht gegen die Arbeiterschaft richtet, nachgeordnete Behörden, nämlich die Postverwaltung, 13 angestellte Beamte und 187 Posthelfer, Telegraphenbeamter und Telegrafenbesteller infolge des 24stündigen Demonstrationstreits ausgesperrt hat? Was geht der Senat zu tun, um seine im Volksstaat durch den Senatspräsidenten abgegebene Erklärung wahrzumachen und die Postverwaltung zur Entfernung der ausgesperrten Beamten und Postarbeiter zu veranlassen?

Aus der polnischen Presse.

Die Beamten aus Galizien. In polnischen Blättern findet sich folgende Botschrift: "Die vom Verband der Staatsbeamten in Posen einberufenen Versammlungen sind jetzt dauernd der Schauspielbrutaler Angriffe auf die aus Galizien stammenden Staatsbeamten. Der Vorstand dieses Verbandes konnte oder wollte den Veratungen nicht den Ton geben, der dem Menschen und der Würde des Staatsbeamten entsprochen hätte. Er hat es auch nicht für nötig gehalten, den einzelnen Nednern entgegenzutreten, die mit Verleumdungen und Beschimpfungen arbeiten und den Neim legten zu feindlichen Gegeisen zwischen den Staatsbürgern aus den verschiedenen Teilstaaten. Alle Versuche, die Grundlosigkeit der erhobenen Vorwürfe zu beweisen, waren fruchtlos infolge der Stimmung der Versammlung, in der einige Teilnehmer sich sogar zu tatsächlichen Angriffen auf Nedner, die eine andere Ansicht aussprachen, hinreissen ließen. Ein solches Verhalten spottet der elementarsten Begriffe von der Freiheit des Wortes und den Rechten der Staatsbürger und steht nicht im Einklang mit dem Ansehen des Beamtenstandes. Daher haben wir, aus Galizien stammenden Staatsbeamten uns am 7. August im Saale der Königin Jadwiga in Posen zu einer vertraulichen Besprechung versammelt, haben beschlossen, an Versammlungen, die vom Verband der Staatsbeamten einberufen werden, nicht mehr teilzunehmen, und haben folgende Entschließung gefaßt: 1. Wir protestieren nachdrücklich gegen die Abhaltung von Versammlungen als Veranstaltungen des Verbandes der Staatsbeamten in Posen mit demagogischen Zwecken und mit Zulassung von Äußerungen und Handlungen, die dem Ansehen und der Würde des Beamtenstandes widersprechen. 2. Wir protestieren dagegen, daß der Vorstand der Staatsbeamten sich auf die Gesamtheit der Beamten der Bezirke Posen und Pommerellen befreit, denn wir ersennen den Vorstand dieses Verbandes

nicht als unsere Vertretung an. 3. Wir erheben Einspruch dagegen, daß in den vom Verband der Staatsbeamten einberufenen Versammlungen Verleumdungen und Beschimpfungen gegen uns ausgeprochen werden und weisen die entstehen zurück. 4. Wir bitten die vorgesetzten Behörden und besonders den Herrn Minister des ehemaligen preußischen Teilstaates, daß von den Beamten, die derartige Verleumdungen und Beschimpfungen aussprechen, Tatsachen und Beweise verlangt werden, daß Untersuchungen angestellt werden, die Schuldigen bzw. die Verleumder zu strenger Verantwortung gezwungen werden und die beleidigte Gesamtheit in Schutz genommen wird. Indem wir grundsätzlich die gerechten wirtschaftlichen Forderungen der Gesamtheit der Staatsbeamten unterstützen, erklären wir mit allem Nachdruck, daß wir, um diese Forderungen durchzusetzen, niemals zu Mitteln greifen werden, die das Ansehen des Beamtenstandes und des Staates schädigen könnten."

Die weißen Adler der Straßenbahnerangehörigen. Unter der Spitzmarke "Ein merkwürdiger Vorfall" schreibt der "Glos Polonny" in seiner Ausgabe vom Freitag, dem 12. August: "Nach dem mißglückten Ausstand der Straßenbahnerangehörigen hat die Mehrzahl von ihnen einen, gelinde gesagt, merkwürdigen Vorfall in Szene gelegt: Mindestens 60% von ihnen haben die kleinen weißen Adler, die ihnen von der Direktion als Abzeichen gegeben werden, von ihren Märzen entfernt. — die Adler, um die zu deutscher Zeit so gekämpft wurde!... Durch ein solches Verhalten der Mehrzahl der Straßenbahnerangehörigen zu erklären ist, wissen wir nicht, aber wir fordern sie auf, dieser zum mindesten lächerlichen und sie selbst herabsetzenden Kundgebung ein Ende zu machen."

Zeichen der Zeit.

Polnische Blätter melden aus Kosten: Seit einiger Zeit haben die Ortsbehörden hier allen Einfluß verloren und in der Stadt regieren eigentlich die Arbeiter, deren Bewegungen ebenso der Ortsbürgermeister als auch die Beamten der Stadtpolizei folgen. Die Arbeiter konfiszieren die vom Lande gelieferten Marktprodukte und verlaufen sie zu einem beliebigen Preise. Da nun die Landbevölkerung infolgedessen die Lieferung von Lebensmitteln eingestellt haben, fahren die Arbeiter auf die Dörfer und gehen dort eigenmächtig vor. Die Arbeiter erklären, daß sie eine Ausfuhr von Lebensmitteln aus dem Kreise Kosten nicht zulassen werden und handeln dementsprechend. Die Transporte von verschiedenen Produkten, die nach Polen gehen sollen, werden aufgehalten und auf der Stelle verkauft. Die Arbeiter wollen ferner nichts von einer Erhöhung des Brotpreises wissen und fordern, daß dieser Preis auf 92 M. festgesetzt wird. Die Arbeiter sandten in dieser Angelegenheit eine Delegation nach Posen, welche vor kurzem im Ministerium und im Departement für Arbeit und öffentliche Fürsorge war. Ein in der Postzeitung "Gazeta Polska" veröffentlichter Artikel, der den Titel trägt: "Um billiges Brot", behandelt die dortigen Verhältnisse. Er fordert die Preisoberabstiegung für Getreide und fügt hinzu, daß, wenn die Produzenten darauf nicht eingehen, die "Diktatur des Proletariats" sie dazu zwingen wird. Die "Gazeta Polska" sagt weiter: "Die Lage ist äußerst bedrohlich, also muß schnell und mit Überlegung gehandelt werden, damit die Angelegenheit nicht mit langen Reden hingezogen wird. Hier gibt es keine anderen Ausweg als: billigeres Brot oder die Diktatur des Proletariats nicht nur des Arbeiterproletariats, sondern auch der Intelligenz und des Mittelstandes. Wir wollen nichts in Baumwolle ein, es ist besser, die Gefahr vorher zu erkennen, als nachher zu klagen. Jede Sache muß einmal ein Ende haben, also hat auch die Preistreiberei ihren Höhepunkt erreicht. Jetzt muß die Schraube platzieren. Mögen die interessierten Faktoren dafür sorgen, daß durch das Platzen dieser Teuerungsschraube das Reich keinen Schaden erleidet. Ihr werdet immer Patrioten — seid es auch heute, da dem Vaterlande die Katastrophe droht." Diese Informationen bringen wir vorläufig ohne Kommentar und erwarten vom Ministerium des ehemaligen preußischen Teilstaates eine deutliche und schnelle Auflösung dieser Angelegenheit.

* In Pelpin wurde am Montag abend auf dem Bahnhof ein großer Transport an Vieh — gegen 20 Stück Mindviel, über 100 Stück Schwarzbie und ungefähr 150 Stück Schafe — angenommen, der nach verschiedenen Gerüchten nach dem polnischen Rukland gehen sollte. Die Abfertigung des Transports wurde auf Befehl des Gemeindeworstebers verhindert. Eine Menge von Arbeitern und Arbeiterinnen der Zuckerfabrik Pelpin hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden und die Beute verteilt. Das Vieh wurde zu minimalen Preisen, die weit hinter dem Marktpreis zurücklieben, an die Arbeiter verlaufen.

Nach Informationen polnischer Blätter, soll es sich im Pelpiner Fall um einen Viehtransport handeln, der vom Staate aufgekauft worden ist, und für das Wilnaer Gebiet und für Kleinpolen bestimmt war.

Nun, ich habe ja dem Gerichte auch eine Handhabe gezeigt, bei der man mich vielleicht fassen wird, nur daß ich nicht das Verbrechen begangen habe, das mir jetzt so viele Sorge macht."

Wacht es Ihnen wirklich Sorge?"

"Ich habe seit Samstag früh keine ruhige Minute mehr gehabt. Herr Ingenieur — ich habe Berger fast gehaßt. Er war ein hochmütiger Proz, der, gar gegen mich, fast grausam sein konnte. — Jetzt aber, jetzt möchte ich, daß ich ihm nicht gar so abgeneigt gewesen wäre, er hat ja doch auch seine guten Eigenschaften gehabt. Einer Gemeinheit, einer wirklichen Gemeinheit wäre er zum Beispiel ja doch nie fähig gewesen!"

Nicht? — Nicht?

Herr von Horst war entschieden aufgeregzt, froh aufgeregzt.

Moormann schaute ihn verwundert an.

"Haben Sie Berger anders taxiert?" fragte er.

Der andere zuckte verlegen die Schultern.

"Ich bin in einer seltsamen Lage," sagte Horst nach einer Weile, "ich bin irre geworden in meiner ja doch nur oberflächlichen Kenntnis von Bergers Charakter. Aber ich bin froh — mehr als ich es schildern kann, wenn ich Gutes über ihn höre."

"Damit kann ich schon auch dienen," meinte Moormann. "Berger war zum Beispiel ein hochintelligent, ungewöhnlich fleißiger Mensch. Sogar während seiner Geschäftsreisen hat er viel gearbeitet. Ich weiß das, denn während ich unter ihm arbeite, habe ich ihn immer begleitet. Er hat nämlich auf mein, ich darf wohl sagen, 'künstlerisches' Urteil viel gegeben."

"So — Sie sind mit ihm gereist? Herr Moormann, wie lange arbeiten Sie denn schon bei Berger?"

"Schon über sechs Jahre."

"Über sechs Jahre! Horst atmete lebhafter."

"Und wohin reiste denn Berger während dieser Zeit in Geschäften?"

(Fortsetzung folgt.)

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(52. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

14. Kapitel.

Am frühen Nachmittag, es war der erste April, befand Herr von Horst sich abermals in Wiener-Neustadt.

Er suchte Moormann auf, der in recht gedrückter Stimmung war, deren Ursache er ganz offen sah.

Er wußte, daß die Gerichtsbehörde auch ihn ins Auge gefaßt hatte, daß er beobachtet wurde.

Anibale Tortoni war am letzten Abend verhaftet worden.

Es war erhoben worden, daß er Berger feindlich gesinnt gewesen war, daß er im Zustande der Trunkenheit schon öfter, und auch ganz kürzlich erst Drohungen gegen den Baumeister ausgestossen hatte.

Einer seiner Arbeitsgenossen hatte das bei Gericht angegeben, und auf diese Anzeige hin war der wütige Mensch eingezogen worden.

Kurz darnach übergab ein Bauer bei Gericht Bergers Uhr samt Kette und Anhängseln.

Er hatte sie unter einem der Sträucher gefunden, welche seinen Acker einsäumten.

Sie war in eine alte Nummer der Wiener-Neustädter Zeitung eingeschlagen und eigentlich ziemlich oberflächlich unter dem Strauch verborgen worden. Nicht einmal unter die dort befindliche Laubmenge hatte Bergers Mörder dessen Uhr versteckt, hatte das Päckchen nur zwischen die vielen Schößlinge des Strauches geschoben.

Der erste Regen — er war in der letzten Nacht gefallen — hatte das Zeitungspapier zerweicht und das hellglänzende Metall hatte sich dem pfüssigen Bauer beim ersten Sonnenstrahl, der darauf gefallen war, verraten. Dieses recht schlecht gewählte Versteck befand sich unweit des Bergerschen Neubaues.

Dies alles erfuhr Herr von Horst durch Moormann.

Der arme Mensch war, wie schon erwähnt, recht niedergeschlagen.

Er war schon zweimal von Doktor von Western zu Aussagen einberufen worden.

Als er das erstmal vor dem Untersuchungsrichter stand, war er unter anderem gefragt worden, wann er Berger zum letzten Male gesehen habe, und da hatte er eine Unwahrheit gesagt. Er hatte das Gefühl gehabt, daß Herr von Western sich schon zu sehr für seine Person interessiere, und das machte ihn verwirrt. Und in diesem Verwirrsein lag er, sagte er aus, daß er Berger am 24. März, knapp vor des Baumeisters letzter Abreise von Wiener-Neustadt zum letzten Male gesehen und mit ihm gesprochen habe.

Darnach aber fand man die am 26. März aufgestellte Wochenlohn-Rechnung bei Bergers Gelb, und diese Rechnung trug, wie alle ihres gleichen Moormanns Unterschrift.

Daraufhin wurde er noch einmal vor Gericht zitiert und mußte nun zugeben, daß er selber am Abend des 26. März Berger, mit welchem er auf der Straße zusammengetroffen war, diese Zahlungs-Aufstellung übergeben habe.

Das berichtete Moormann dem Herrn von Horst und beendete seine Rede mit den bitteren Worten: "Ich bin kein Gewohnheitsläugner, ich hasse sogar die Lüge und alles, was mit ihr verwandt ist. Wäre es nicht so, dann hätte ich mich wohl auch mit Berger gut gestanden, denn der hielt für jeden, der ihm schmeichelte und ihm immer recht gab, seine Gunst bereit. Warum ich diesmal lag? Das weiß ich selber nicht. Wahrscheinlich nur im dunklen Bewußtsein, daß es für mich, dem Antagonisten des ermordeten, gut sei, die Leute glauben zu machen, daß ich ihm in seinen letzten Stunden fern gewesen sei."

"Und auch die Liste haben Sie dabei ganz vergessen?" sagte Horst, den hochintelligenten Menschen kopfschütteln betrachtend.

"Ja — auch die habe ich vergessen," erwiderte Moormann derb. "Man sagt, daß schier jeder Verbrecher irgend eine Dummheit macht, bei der man ihn dann fassen kann."

— Posener Tageblatt. —

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. August.

Die Sejmabgeordneten bei Minister Trzeinski.

Am Donnerstag nachmittag fand die angekündigte Beisprechung des Ministers für das ehemalige preußische Teilgebiet mit den Sejmabgeordneten dieses Gebietes statt. Vor Eintritt in die eigentliche Konferenz teilte der Minister den Abgeordneten mit, nach den letzten Nachrichten aus Warschau über die oberösterreichische Frage und die Tagung des Obersten Rates sei zu erwarten, daß Fahrzeuge an Polen Gleiwitz an Deutschland fallen wird.

Den ersten Gegenstand der Beisprechung bildeten wirtschaftliche Fragen. Die Abgeordneten Biogolski, Lewandowski und Rader richteten Anfragen an den Minister. Der Minister erklärte sich bereit, am 22. d. Mts. eine besondere Konferenz der Abgeordneten zur Beisprechung der wirtschaftlichen Fragen einzuberufen.

Zu der Frage der Verbesserung der Lebensbedingungen der Beamten erklärte der Minister, die Beamten würden für Juli und August eine Unterhöhung von 700 bis 1200 M. monatlich erhalten und vom 15. August an ein Barzentgelt für die Deputate. Der Minister versprach dafür zu sorgen, daß für die Städte unseres Teilegebietes die höchsten Steuerungsklassen als gültig erkannt werden.

Ferner teilte der Minister mit, daß vom 1. September an eine neue Erhöhung des Eisenbahntarifs und des Posttariffs ins Leben tritt.

Die Wahlen zu den städtischen Körperschaften zu den Wojewodschafts- und Kreislandtagen bildeten den nächsten Punkt der Tagesordnung. Die entsprechenden Entwürfe waren den Abgeordneten schon vorher überreicht worden. Diese Entwürfe sind den Verhältnissen des ehemals preußischen Teilegebietes angepaßt. Sie werden nach ihren Einführungen solange in Kraft bleiben, bis ein allgemein polnisches Selbstverwaltungsgesetz eingeführt wird. Dem Minister liegt daran, daß die Wahlen noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Die Konferenz sollte den Standpunkt der einzelnen Sejmabgeordneten innerhalb des ehemals preußischen Teilegebietes klarstellen. Alle anwesenden Abgeordneten brachten übereinstimmend die Ansicht zum Ausdruck, daß die auf Grund der Verordnung des ehemaligen Kommissariats der Racza-Mada Ludowice durchgeföhrten Wahlen den Selbstverwaltungskörperschaften nicht die geeigneten Verhältnisse zugeführt hätten, und daß die Stadtverordnetenversammlungen nicht immer ihren Aufgaben gerecht werden. Der Entwurf des Ministers sieht Wahlen nur in den Gemeinden vor, die noch nicht gewählt haben. In der Aussprache stellte es sich jedoch heraus, daß allgemeine Wahlen für alle Gemeinden gewünscht werden, ohne Rücksicht darauf, ob die einzelnen Gemeinden schon auf der früheren Grundlage gewählt haben oder nicht. Es wurde beschlossen, die Gemeindewahlen bis zum 15. November, die Kreistagswahlen bis zum 10. Dezember, die Wojewodschaftswahlen bis zum 20. Dezember d. J. durchzuführen.

Goldene Rücksichtslosigkeit.

Gestern abend gehe ich gegen 10 Uhr ganz in Gedanken verlorenheim. Plötzlich — es war auf der Wittelsbacherstraße — wurde ich aus meinem Nachmitten aufgeschreckt durch — eine rechte Dusche von oben. Heiß war es, und war sehr an und für sich lieb ich das Wasser, besonders kaltes Wasser, unerträglich und wäre glücklich, wenn ich die Möglichkeit hätte, statt einmal zehnmal täglich zu duschen. Ich hätte schließlich auch gar nichts dagegen, daß einem so eine kalte Dusche auf dem Bürgersteig verabfolgt wird, nur müßte man dann darauf vorbereitet sein und statt im Straßenanzug im Badeanzug durch die Straßen laufen, und vor allem müßte man von allen Schrebergärtnerfesten auf den Balkonen die Garantie dafür bekommen haben (und zwar in Eidesform!), daß das „Nah“-das von oben kommt, wirklich klares, reines Leitungswasser ist und nicht sonstige, wer weiß wie, qualifizierte oder gar unqualifizierte Flüssigkeiten. Deshalb die Bitte an die Inhaber der schwedenden Gärten über den Bürgersteigen: Nehmt doch ein bissel Müßiggang auf die teuren Anläufe der armen Straßenpilger! Es ist mir dieser Segen von oben schon des öfteren zuteil geworden und, wie man hört, anderen auch. Dass man auf den heissen Bürgersteigen jeden Augenblick darauf gefaßt sein muß, eine unfreimäßige Rutschpartie auf Obstkernen und Obstställen zu machen, ist recht bedauerlich, man muß es aber einmal hinnehmen. Dagegen aber muß energisch Einbruch erhoben werden, daß man aus den offenen Fenstern mit Obstabfällen in regelrecht bombardiert wird. Alles schon dagegen. Diese Rücksichtslosigkeit ist ein Zeichen der Zeit, ein Auswuchs des herrschenden Egoismus. Wir sind nun einmal Gemeinwesen und als solche zu steter Rücksichtnahme auf einander verpflichtet. Liebe Mitbürger, verdet euch dessen wieder bewußt!

Der Velter der Offizierspirantenschule in Solca, Ober-Sandomiersz, wurde als Professor an das militärische Polytechnikum in Lemberg berufen. An seine Stelle tritt Oberst Maievski.

Montag gesetzlicher Feiertag. Der katholische Feiertag Maria Himmelfahrt fällt auf den nächsten Montag, 15. August.

Hyggiene.

Ostdeutsche Sozial-Hygienische Akademie. Die kritische Lage der Volksgesundheit hat besonders seit dem Krieg das öffentliche Interesse auf die Bestrebungen der sozialen Fürsorge gerichtet. Hierher gehören die wichtigen Maßnahmen, durch welche Reich, Staat, Gemeinden und private Wohltätigkeit die schweren gesundheitlichen und sozialen Schäden zu bekämpfen suchen, u. a. die Fürsorge für Schwangere, Mütter und Säuglinge, für Kleinkinder, Schulkinder, Schulentlassene und Jugendliche, die Arbeits- und Gewerbehygiene, die Fürsorge für Wohnung und Ernährung, der Kampf gegen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus, sowie die Bestrebungen der Nasshygiene. Ein hervorragender Anteil an diesen Arbeiten entfällt auf die Ärzte, besonders die Kreisärzte, die Kommunale, Schul- und Fürsorgeärzte. Daher hat auch die Regierung für deren fachliche Ausbildung in geeigneten Ausbildungsstellen, den drei Sozial-Hygienischen Akademien in Breslau, Charlottenburg und Düsseldorf, Sorge getragen. Die im Jahre 1920 gegründete Ostdeutsche Sozial-Hygienische Akademie in Breslau, in deren Kuratorium und Lehrkörper hervorragende Mitglieder der Universität, der Staatsregierung, der Provinzial- und Kommunalbehörden, sowie der Ärzteschaft vertreten sind, veranstaltet im kommenden Winter einen neuen Ausbildungskursus für Ärzte. Nächste Angaben hierüber erteilt das Sekretariat der Ostdeutschen Sozial-Hygienischen Akademie, Breslau XVI, Magistrasse 4.

Kleidung und Stimmung. Kleider machen nicht nur Leute, sondern auch Stimmungen. Jeder hat schon einmal den merkwürdigen seelischen Einfluß empfunden, den ein Kleidungsstück auf ihn ausgeübt, und der Reiz aller Maskeraden ist in diesem Erlebnis begründet. In einer Abhandlung der Zeitschrift der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft über „Arbeit und Wärme“ hat Geheimer Rat Kubner diesen Zusammenhang von Kleid und Stimmung nun wissenschaftlich untersucht und er bestätigt durch seine Ausführungen die alte Erfahrung, daß Umrüthen ein ebenso leichtes wie einfaches Mittel ist, um trübe Stimmungen zu verschaffen, daß der bequeme Haussack uns sogleich in Behaglichkeit, das Feiertagsgewand in festliche Gehobenheit versetzt. Kubner betont, wie wichtig die Art unserer Bekleidung für viele Lebensgewohnheiten und für unsere ganze Arbeitsleistung ist, und nennt die Bekleidung geradezu „unser Klima“, das wir immer mit uns herumtragen. Trotzdem hat sich der Mensch bisher wenig um diese Bedeutung des Kleides für sein Lebensgefühl und seine Arbeitsfähigkeit gekümmert und die physischen wie biologischen Grundsätze vernachlässigt, die bei der rechten Auswahl der Kleidung in Betracht gezogen werden müssen. So mancher steht Zeit seines Lebens in einem falschen

und zählt in Polen zu den gesetzlichen Feiertagen, für welche die Verhüllungen über die Sonntagsruhe gelten.

Güterbeamten-Zweigverein Posen hält Sonntag, den 21. August mittags 12 Uhr seine Mitgliederversammlung im Saal Siebert-Poznań ab. Ernehte der Mitglieder dringend erwünscht.

Ein neuer Kursus für deutsche männliche Pflegerkräfte soll Anfang September d. J. in Posen eröffnet werden. Aufgenommen werden Kandidaten mit guter Schulbildung (mindestens 6 Kl. Volksschule), die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Schulgeld wird nicht erhoben; unbemittelte Schüler können bei guter Führung und Fleiß Staatsunterstützung bekommen. Anmeldungen sind unter Beifügung von: 1. Geburtsurkunde, 2. Lebenslauf, 3. begl. Abschrift des letzten Schulzeugnisses, 4. Führungsatteste zu richten an Dyrekcja państwa. Lutskow seminarialny, Poznań, Sw. Marcin 40.

Das erste allpolnische Tennis-Turnier findet, wie uns der Verband „Polskiego Związku Lawn Tennisowego“ mitteilt, am 25. und 28. August mit folgendem Programm statt: Um die Meisterschaft Polens: 1. Single für Herren. 2. Single für Damen. 3. Double für Herren. 4. Double für Damen. 5. Mixeddouble. (Nur für Bürger der Republik Polen). Um die Meisterschaft Großpolens: 6. Single für Herren. Spiele für die Junioren. 7. Single für Herren. 8. Single für Damen. (Nur bis zum 18. Lebensjahr.) Handicup. 14. Single für Herren. 15. Single für Damen. Double für Herren. 17. Double für Damen. 18. Mixeddouble. Die Anmeldungen müssen schriftlich an Herrn Bożekan Szule, Plac Wolności 5, spätestens bis zum 18. August eingetragen werden. Die Einschreibegebühr zur Beteiligung an den Wettkämpfen von 1-6 beträgt 300 Mark von 7-18 200 Mark (pro Person und Spiel). Am 26. d. Mts. wird hierauf die konstituierende Versammlung des Lawn Tennis-Verbandes abgehalten werden. Alle Sportvereine werden gebeten, einen Delegierten an dieser Versammlung zu senden. Auskunft erteilt Herr Szule Plac Wolności 5.

Botanisch-zoologische Arbeitsgemeinschaft. Die Abfahrt nach Birkie erfolgt Sonntag vormittag 8.30 (direkter Zug). Am ersten Tage Wanderung nach dem Lichwiner und Kauker See. Nachtquartier in Birkie ist bestellt und trotz noch auststehender Nachricht wahrscheinlich gesichert. Am 2. Tage (Montag) soll der Lutower und Glogowcer See besucht werden. Beide Tageswanderungen führen durch landschaftlich besonders schöne und auch botanisch ergiebige Gebiete. Die erste Tagesstrecke beträgt ungefähr 17, die zweite etwa 22 km. Mundvorrat für beide Tage ist zweckmäßig mitzunehmen. Bademöglichkeit vorhanden. Rückkehr nach Posen abends 9.12.

X Wochenmarktsbericht vom 12. August. Auf dem Gemüsemarkt sind folgende Preise gesetzt worden: für Kartoffeln 15 M. Mohrrüben 13-15 M. per Bund je nach Größe, für Tomaten 100 Mark, für Gurken 10 M. für kleinere und 15-20 M. für größere. — Auf dem Obstmarkt legte man an für Apfel 20 M. Birnen 25 M., Blaumen 40-50 M. je nach der Größe der Frucht. — Auf dem Gefügemarkt kosteten Gänse 900 M. Enten 400 M., Hühner 300 M., Tauben 50 M. ein Paar. Besonders in Obst waren die Bußfrüchte reichlich. — Die Mandel Eier kostete 220 M.

* Inowrocław, 10. August. Nach mehrjähriger Unterbrechung wurden fälschlich wieder die Tiefbohrungsarbeiten aufs Erforschung der geologischen Beschaffenheit des Erdbodens bei Inowrocław, in der Nähe des Schachtes „Klausa“ (Bapade) auf Veranlassung der Soda-fabrik „Solvay“ (Majow) aufgenommen. Mit der Durchführung der Arbeiten wurde das Tiefbauunternehmen M. Lempicki i. Sk. Sosnowiec beauftragt.

* Berent, 4. August. Hier spielte sich am 26. vorigen Monats ein Familienträuma ab. Die Witwe Wołoszak hatte sich nach dem Tode ihres Mannes wieder verheiratet, doch war ihre zweite Ehe keine glückliche. Als ihr Mann sie im Streite bedrohte, trat ihr erwachsener Sohn für sie ein, worauf ihn der Stiefvater aus dem Hause warf. Hierauf zog der Sohn einen Revolver aus der Tasche und verletzte seinen Stiefvater derart, daß er nach wenigen Stunden verstarb. Der Mörder ist verhaftet worden.

* Stargard, 10. August. Wegen epidemischen Auftretens der Masern ist die Schule in Brawar vom Starosten zu Stargard im Enderständnis mit dem Kreisarzt auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Jaworzno, 10. August. In der Fabrik der Aktiengesellschaft „Jaworzno“ ereignete sich folgender blutige Vorfall: Die Arbeiter verhandelten mit dem Arbeitsinspektor Ingénieur Humiecki über Lohnfragen. Da man zu keiner Verständigung gelangen konnte, umzingelten die Arbeiter den Ingénieur und nahmen eine immer drohender werdende Haltung ein. Humiecki zog, als er sah, daß Burendien nicht half, den Revolver und drohte zu schiessen, wenn er nicht freigelassen würde. Doch das half nichts und Humiecki gab einen Schreckschuss ab, der leider einen Arbeiter leicht verletzte. Da aber fürzte sich die Menge auf Humiecki und bearbeitete ihn durchdringt mit Stöcken und Steinen. Die herbeigeruhte Polizei befreite den Ingénieur und brachte ihn ins Krankenhaus; dort wurde festgestellt, daß der Zustand des Misshandelten sehr bedrohlich ist.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Mitteilung der Polnischen Gesundheitsbehörde. Kleid und Bühl diesen Fehler durch ein beständiges Unbehagen, durch geringere Leistungen, durch eine Herabminderung seiner Lebensenergie, die für sein ganzes Schicksal von Wichtigkeit sein können. Falsche Bekleidung beeinträchtigt die Lebensfrische und Unternehmungslust oft recht wesentlich; sie schafft unzweckmäßige Wärmeverhältnisse, die die Arbeitsfreudigkeit herabsetzen und die Leistungsgrenzen der Arbeit verringern. Durch unzweckmäßige Kleidung kann man vorzeitig ermüden und dadurch unfähig zum Schaffen gemacht werden. Das wichtigste aller Kleidungsstücke ist das direkt auf den Haut aufliegende Hemd; am bedeutungsvollsten für die Wärmehaltung ist die in der Kleidung eingeschlossene Luft, die in guter Kleidung 80 bis 85 Prozent beträgt; der Tierpelz weist sogar bis 97 Prozent Luft und nur 3 Prozent Haare auf. Das Kleid ist eine wichtige Ergänzung unserer Haut und für unser Leben so wichtig, daß unzweckmäßige Bekleidung einen großen Verlust für eine Nation darstellt. Dadurch wird nicht nur schlechte Stimmung hervorgerufen, sondern auch ein beträchtlicher Verlust an Arbeitsstunden, und wie der Krieg erwiesen hat, können sogar auch dadurch Gesundheitsgefahren hervorgerufen werden, besonders Hautkrankheiten. Es ist daher vor allem der Arbeitskleidung des Menschen eine viel größere Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden.

Gesundheit und Körpergewicht. Das Körpergewicht hängt von vielerlei Umständen ab, vom Alter, Geschlecht, Ernährungszustand, der Lebensweise und natürlich auch von der Größe des Menschen. Zwischen alledem und dem Körpergewicht bestehen gewisse Beziehungen, so daß man von einem auf das andere schließen kann. Von großem Wert für die Gesundheit ist es, die Ernährung so einzurichten, daß das Körpergewicht dem normalen möglichst nahekommt. Das normale Körpergewicht findet man leicht, wenn man nach der Methode von Broca, die sich in 97 v. H. aller geprüften Fälle als zuverlässig erwies, das Körpergewicht in Kilogramm gleichgesetzt den Körperlänge in Centimetern, abgänglich 100. Mit anderen Worten: so viel Centimeter man größer als 100 Centimeter ist, so viel Kilogramm muß man wiegen. Ein Mann zum Beispiel von 165 Körperlänge darf, respektive soll, 65 Kilogramm wiegen. Ein Zuviel oder Zuwenig darf, respektive soll, 65 Kilogramm wiegen. Ein Zuwenig oder Zuviel ist vom Übel und muß durch andere oder geregelte Ernährung, hinreichenden Schlaf, Bewegung in freier Luft, Turnen, Sport und so weiter ausgeglichen werden. Eine andere Methode berechnet das Gewicht eines — unbekleideten — Menschen vom Standpunkt der idealen Schönheit aus so, daß man Brustumfang und Körperlänge multipliziert und dann durch 240 dividiert. Da ideale Schönheit gleichbedeutend ist mit Gesundheit, so kann man auch auf diese Weise seinen Gesundheitszustand selbst kontrollieren. Hat oben erwähnter Mann also bei 165 Centimeter Körperlänge einen Brustumfang von 105 (165 × 105 = 1725 : 240 = 72), so wiegt er 7 Kilogramm zu viel.

Gesundheit und Körpergewicht. Das Körpergewicht hängt von vielerlei Umständen ab, vom Alter, Geschlecht, Ernährungszustand, der Lebensweise und natürlich auch von der Größe des Menschen. Zwischen alledem und dem Körpergewicht bestehen gewisse Beziehungen, so daß man von einem auf das andere schließen kann. Von großem Wert für die Gesundheit ist es, die Ernährung so einzurichten, daß das Körpergewicht dem normalen möglichst nahekommt. Das normale Körpergewicht findet man leicht, wenn man nach der Methode von Broca, die sich in 97 v. H. aller geprüften Fälle als zuverlässig erwies, das Körpergewicht in Kilogramm gleichgesetzt den Körperlänge in Centimetern, abgänglich 100. Mit anderen Worten: so viel Centimeter man größer als 100 Centimeter ist, so viel Kilogramm muß man wiegen. Ein Mann zum Beispiel von 165 Körperlänge darf, respektive soll, 65 Kilogramm wiegen. Ein Zuviel oder Zuwenig darf, respektive soll, 65 Kilogramm wiegen. Ein Zuwenig oder Zuviel ist vom Übel und muß durch andere oder geregelte Ernährung, hinreichenden Schlaf, Bewegung in freier Luft, Turnen, Sport und so weiter ausgeglichen werden. Eine andere Methode berechnet das Gewicht eines — unbekleideten — Menschen vom Standpunkt der idealen Schönheit aus so, daß man Brustumfang und Körperlänge multipliziert und dann durch 240 dividiert. Da ideale Schönheit gleichbedeutend ist mit Gesundheit, so kann man auch auf diese Weise seinen Gesundheitszustand selbst kontrollieren. Hat oben erwähnter Mann also bei 165 Centimeter Körperlänge einen Brustumfang von 105 (165 × 105 = 1725 : 240 = 72), so wiegt er 7 Kilogramm zu viel.

Gehalts, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse: 12. August 10. August.

	12. August	10. August
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
3% Buchst. A u. B	—	—
3½% ohne Buchst.	—	—
3½% Buchst. C	—	—
4% Buchst. D u. E	—	—
4% (neue) mit poln. Stempel	—	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—
5½% Obl. Ciegielski	—	—
6% Schuldcheine der Bank Fredry.	—	—
Hyp. Warszawski.	—	—
Bank Piastów I-VII em. ungest.	220 +A	220 +A
Bank Piastów VIII em. (ungest.)	220 +A	220 +A
Bank Piastów IX em. (ungest.)	220 +A	220 +A
Bank Handlowy, Poznań I-VII	340 +A	340 +A
VIII	340 +A	340 +A
Bank Handlowy, Warszawa	—	—
Bank Dystry. Rydz. Gdansk I-IV	—	—
Kwilecki, Potocki i Sk.	430 +N	430 +N
Bank Biemski	235 +	—
R. Barciłowski I-IV em.	—	—
R. Barciłowski V em.	175 +N	—
Centrala Stóř I-III	348 +N	340 +
Luban	—	520 +
Dr. Roman May	540 +	565 +A
Patria	360 +	360 +N
Poz. Szopka Drzewina (egli. Kupon)	—	—
C. Hartwig I-III em.	—	—
C. Hartwig IV em.	—	—
Ciegielski I-VI em.	—	220 +N
Ciegielski VII em.	—	220 +N
Gurtownia Zwiazkowa	—	150 +N
Blótno	—	—
Inoffizielle Kurse:	—	—
4½% voln. Pfandbriefe	260 +N	—
4½% voln. Pfandbriefe (abgest.)</td		

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. August.

Die polnischen Schatzscheine.

Das Warschauer Finanzministerium teilt mit: Am 7. Juli d. J. gab das Finanzministerium Schatzscheine II. Serie aus und erhöhte später auf Grund eines Sejmabeschlusses die Emission bis zum Betrage von 15 Milliarden. Die Binsen der Schatzscheine II. Serie in Höhe von 5% jährlich sind im voraus durch Abzug beim Diskontverkauf bezahlt. Der durch Abzug der 5proz. Zinsen vom Tage der Ausstellung bis 1. Februar 1922 von dem Kennwert der Scheine festgestellte Betrag bestimmt ihren Tageswert. Entsprechend diesem Tageswert werden die Schatzscheine von der Centralstaatskasse, den Finanzklassen, den Steuerämtern und den Abteilungen der polnischen Landesdarlehnskasse verkauft und von diesen Instituten auf Wunsch vor dem festgesetzten Termin bei Zahlung angenommen, ohne daß dafür eine besondere Gebühr oder Provision erhoben wird. Alle staatlichen Behörden und Institutionen nehmen die Schatzscheine als Kautions und als Bürgschaft entsprechend dem Tageswert in allen Fällen an, in denen die Hinterlegung einer Kautions oder einer Bürgschaft gesetzlich vorgesehen ist. Die Abteilungen der polnischen Landesdarlehnskasse nehmen die Schatzscheine unentgeltlich als Depositen an.

Die Schatzscheine haben alle Rechte der mündelsicheren Wertpapiere und können zur Anlage der Kapitalien von Personen, die unter Vormundschaft oder Kuratel stehen sowie von Kirchenkapitalien und Stiftungsgeldern, Zivil- und Militärkautions, Depositen und zur Konversion anderer mündelsicheren Papiere verwendet werden. Die Schatzscheine haben zehnjährige Gültigkeit, vom Zahlungstage an gerechnet. Nach Ablauf dieser Frist werden sie amortisiert und werden nicht mehr eingelöst. Die Schatzscheine bilden in Unbeacht des ausgeführten die beste und sparsamste Kapitalanlage und können zugleich als Schecks für laufende Rechnung bei allen Finanzklassen, Steuerbehörden und Abteilungen der polnischen Landesdarlehnskasse dienen.

Nebervölkerung Posen.

Hiesigen polnischen Blättern entnehmen wir folgende Mitteilung des Magistrats Posen: Da die Übervölkerung Polens einen bedrohlichen Charakter annimmt, besonders in Hinsicht auf die Wohnungfrage, wendet sich der Magistrat der Stadt Posen an auswärtige Zeitungen mit der Bitte, alle Bürger, die nach Posen zu ziehen beabsichtigen, zu warnen, daß sie nicht leichtfertig sich auf den Weg nach Posen machen, bevor sie alle Formalitäten erfüllt haben, um die Zugangsgenehmigung nach Posen zu erhalten. Personen, die nicht

beruflich an Posen gebunden sind, wird so lange die Zugangsgenehmigung verlangt werden, bis neue Wohnungen gebaut sind und die Stadt die Möglichkeit hat, alle Familien, die auf Wohnungen warten, unterzubringen. Der Magistrat glaubt diese Warnung erlassen zu müssen, weil in letzter Zeit viele Familien, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in Posen, hierherziehen und sich unnötige Ausgaben machen, weil ihnen meistens eine Ausenthaltsgenehmigung in der Stadt nicht gegeben werden kann.

Erntergebnisse.

Der Vorstand der Abteilung für Pflanzenkultur in Warschau erzielte folgende Auskünfte über die Erntergebnisse: Das Wintergetreide läßt sich gut an; sogar die Ostgebiete werden davon reichlich zur Ausfuhr abgegeben können. In Posen und Kongresspolen werden die Wojewodschaften einen Überschuss ausweisen, d. h. nach Sicherstellung für den eigenen Bedarf. Wintergetreide ausführen können, Ostgalizien wird Getreide, Westgalizien Getreide einführen müssen. Im Frühjahr war der Stand des Gemüses gut; jetzt leidet der Wuchs unter dem Regenmangel. In Klein- und Kongresspolen ist eine gute Kartoffelernte zu erwarten; es wurden große Mengen Kartoffeln angebaut. Gegenwärtig beginnen sie infolge der Trockenheit zu welken. Sofortiger Regenfall würde die Ernte günstig beeinflussen.

X Waldbrände. Am 6. August nachmittags 6 Uhr ist im Walde, der zum Gute des Generals Dowodzowski gehört, Tarnow gehört, ein Brand ausgebrochen, der vier Morgen zerstörte. Den Brandstifter vermutet man in einem Taubium, der festgenommen wurde, jedoch keinerlei Legitimationsscheine bei sich hatte. — An der Strecke Bromberg-Thorn sind am selben Tage Waldbrände an verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit entstanden. Bahnarbeiter löschten den Brand. — Sonntag wütete ein größerer Brand im Walde von Ostromecko.

X Feuer. In den Ställen des geistlichen Seminars brannte gestern ein Feuer aus, das wahrscheinlich von einem Funken herrührte, der vom Herde der Waschküche auf die Ställe vom Winde getragen wurde.

X Gefundene Sachen. Im Zimmer 8 der Kriminalpolizei am Plac Wolności (Wilhelmsplatz) befindet sich ein Lederkoffer, der Kragen, Socken, eine Weste, verschiedene andere Gegenstände und Briefsachen mit der Adresse „D. M. Taylor, Paris 100, Rue de Vaugirard“ enthält. Der Eigentümer wird ersucht, sich im Zimmer 8 des genannten Gebäudes zu melden. — Im 5 Kommissariat in der Wallstraße findet sich seit Ende Mai ein Käff mit 8 Hühnern, die wahrscheinlich von einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer kann sich dort zur Entgegnahme seines Besitzes melden.

X Diebstähle. Gestern in der Mittagsstunde zwischen 1 und 3 erbeuteten Diebe aus einem Laden der ul. Wodna 5 (früher Wasserstraße) einen Posten schwarzer Altkettchen, Lederketten und Geldbörsen im Gesamtwerte von 42 000 M. — Am Stary Rynek (früher Alter Markt) wurde im Geschäft Chojnicki einer Dame ein

Trauring, ein goldener und ein silberner Ring und 1200 Mark aus der Handtasche gestohlen. In dem Trauring war der Name Meyer eingraviert. — Am Plac Sapieżyński 2 (früher Sapiehplatz) wurde ein größerer Posten Zigaretten im Werte von 60 000 M. geholt.

X Festgenommen wurden gestern 2 junge etwa 15jährige Diebe aus Lodz, deren Namen Józef Banasiak und Ignacy Piechota sind. Ihr Betätigungsgebiet waren hauptsächlich die Märkte und der Bahnhof der Stadt, wo sie im Gedränge Taschendiebstähle ausführten.

* **Bromberg.** 11. August. Die gerichtliche Verhandlung gegen die Anführer der Unruhen in Bromberg am 16., 17. und 20. Juni d. J. beginnt am 23. August vor der hiesigen Strafkammer des Bezirksgerichts. Angeklagt sind 23 Personen, von denen sich einige in Haft befinden. Unter den Angeklagten befinden sich u. a. Tarkowski, Nowakowski und Olejniczak, denen zur Last gelegt wird, daß sie zu Ausschreitungen angestiftet haben, die übrigen Mitschuldigen haben sich dann zu Täterschaften an Personen und Sachen hinreissen lassen. Als Zeugen sind bisher 38 Personen geladen, unter ihnen auch der ehemalige Stadtpräsident Maciaszek.

* **Stargard.** 8. August. Die Nachricht, daß am vergangenen Sonnabend eine Ladung Vieh von Jabłonowo nach Białystok ausgeführt werden sollte, erweckte in der Bevölkerung der Stadt eine große Erregung. Nachmittags gegen 4 Uhr legten die Arbeiter in den Fabriken ihre Arbeit nieder und versammelten sich vor dem Rathaus, wo sich schon eine Volksmenge befand. Eine Abordnung begab sich zur Staroste und protestierte dagegen, daß Vieh nach anderen Teilegebieten befördert werde, wo man hier selbst Fleisch entbehren müßte. Es gelang jedoch, die Leute zu beruhigen, und die Masse begann, sich zu verteilen. Als jedoch Militär herankam, lehrten die Leute zurück und wehrten den Soldaten, näher heranzukommen. Das Aufgebot des Militärs rief unter der Bevölkerung eine große Unruhe hervor und es mußte der Befehl gegeben werden, den Platz sofort zu räumen. Während die Soldaten abzogen, kamen einige Demonstranten zur Staroste und zertrümmerten die Fensterscheiben. Der Protest hatte zur Folge, daß das Vieh nicht versandt wurde, sondern an die hiesige Bevölkerung zum Preise von 30 Mark für das Pfund verkauft wurde.

* **Könitz.** 4. August. In der Oberförsterei Klausenau entstand gestern nachmittag ein Waldbrand. Die freiwillige Feuerwehr aus Könitz rückte mit zwei Löschzügen zum Brandort, vermochte aber gegen das Element nicht einzuschreiten und mußte wieder, ohne helfen zu können, abrücken. Über den Verlauf des Brandes ist zurzeit weiteres nicht bekannt. — Gestern entstand zwischen Walkmühle und dem Stadtmald in einer kleinen Talsenkung ein kleiner Waldbrand, dem glücklicherweise nur ein Morgen Unterholz zum Opfer fiel.

Beräumwichter Hauptwirtschaftsleiter: Dr. Wilhelm Boenenthal; für den Angeklagten: W. Grundmann. Denk und Berat der Sozialen Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Kuntzlich in Poznan.

Freiwillige Versteigerung.

Zum Dienstag, dem 16. d. Mts., nachm. 2 Uhr, werden in unjeren Geschäftsräumen in Srem meistbendigen soortige Bezahlung freiwillig versteigert werden:

1 großer eisern. Geldschrank, 1 Doppel-pult, 2 Schreibbücher, 1 Ausziehbüch, 1 Aktenschrank, 2 kleine Schränke, 1 Bücherpult, 16 Stühle, 1 Abschlußwand, 1 Kleiderständer, alte Bücher u. Akten sowie verschiedenes Bureaumaterial.

Bestichtigung der Gegenstände und Bekanntgabe der Verkaufsbedingungen 1 Stunde vor der Versteigerung. [2455]

Schrinner Creditverein,

Sp. z. z nieogr. odpow., in Liquidation.

Wohnungstausch

Bentschen b. Posen m. Düsseldorf od. Umgegend. evtl. Industriegebiet. 4 3 m. Küche u. Badezimmer, Stall gr. Obst- und Gemüsegarten möglichst p. bald. Off. u. M. B. 2457 a. d. Geschäftst. d. Bl. erbeten

Welche Lehrerin

würde für die letzte Ferienzeit aufs Land gehen, um einem Quintaner, welcher nach Quarta (Real) schwach versezt, Nachhilfestunden g. geben?

M. Brüschi, Poznań, Różana 21. [2460]

Ber nimmt d. Wohnungs-einrichtung

(2 Zimmer und Küche) nach Berlin mit. Off. an Razer, ul. Szewska 11. [2447]

Geb. junge Dame,

häusl. erzogen, mußt. verhindrigt, sucht geb. Herrn in guter Position in Breslau zu treten, zw. sp. Heirat. Off. u. 2457 a. d. Geistl. d. Bl.

junger Mann

für einfache Haushalt sucht G. Jentsch, Poznań, ul. Franciszka Ratajczaka 20.

für kleinen braußenlosen

Haushalt zu baldigem

Austritt evg. Wirtin

einfache

tüchtig u. zuverlässig ist.

Echhoff, 2461

Komorniki v. Tulce.

Mädchen

für einfache Haushalt sucht G. Jentsch, Poznań,

ul. Franciszka Ratajczaka 20.

für eine Büroverwaltung im Kreise Miedzyzdroje wird zum Markenauftreten bei der Kartoffelernte vom 1. 9. ab auf 6 Wochen ein durchaus zuverlässiger junger Mann gesucht. Auch ältere, tüchtige Herren können sich melden. Gehalt nach Übereinkunft nebst freier Station. Sofortige Anmeldungen an den

[2452]

Arbeitgeberverband

für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen, Poznań, ul. Stowackiego 8 (Telefon 3664).

Für große landwirtschaftliche Verwaltung m. industriellen Nebenbetrieben in Groß-Polen wird auf dem Rentamt

ein Buchhalter

gesucht, auch verheiratet. Offeren mit Gehilfe und Deputatsanwälten u. 2434 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gutemp. Ober-Schweizer, der seine Brauchbarkeit

fohlen, und Zuverlässigkeit durch langjährige Zeugnisse nachweisen kann und einen Stall von 100 Stück Vieh mit eigenen Leuten bearbeiten kann, findet zum 1. 1. 22 Anstellung. Off. erbitet Gutsverwaltung

Belenzic b. Rzepiwn (Bentichen). [2456]

Steinkohlenteer

zum Dachanstrich,

Alebemasse,

Dachpappnägel

offeriert [2432]

in Wagonbezug u.

kleineren Mengen

Gustav Ackermann,

Toruń III,

Mickiewicza 5. Tel. 9

Zeitungsb-

bezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zuspielung oder bei einer Überstellung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets

an das Post-

amt wenden,

welches die Zuspielung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat.

Nur im Falle, daß das Postamt veragt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Gniezno.

Leonhard v. Kalckreuth, Obergörzig Kr. Gniezno.

Suche zu 10. oder 1. 10. 21 möglichst selbständige verh.

Von Beruf Landwirt, 32 Jahre alt, der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, jedoch nicht Bedingung, per sofort oder 15. August sucht Beste Zeugnisse! Persönliche Vorstellung jederzeit Geistl. Off. erbittet unter 2449 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kirchenmärchen. wo ch. 6: Bibelbesprechung. Haenisch. — Amiswoche:

St. Paulikirche. Sonntag.

10: Go. Greulich. — 11: Kindergr. Dreiße.

Luisenhain. Sonntag.

4: Go. Greulich.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag.

11½: Kindergr. Dreiße. — Freitag, 6: Bibelstunde Brumma.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartstraße). Sonntag, 10½: Predigt. Jungermann.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 1½: Räte-

bend. 8½: Abendand. — Montag, 7: Turnen. —

8: Bläserchor. — Mittwoch, 8: Bibelstunde. —

Donnerstag, 7: Bläserchor. — Sonnabend, 7½: Bläserchor.

Wochenkirchlaufandacht. — 8: Bibelstunde.

Besprechungsabend.

St. Petrikirche. (Evangel.) Sonnabend, 6: Wochenschluß.

St. Lazarus, ul. Aleksięgo 26 I. (Pfeifenzirkus).

Sonntag, 3: Kinderkund.

5: Jugendbund für E. C. Kindergr. Schneider. — Mittwoch, 8: Evangelization. — Freitag, 8: Bibelbespr.

Dr. Hildebrand's Zeeländer Winter-Roggen,

" " Für Hafsfeld Winter-Weizen,

" " Dicksopf Winter-Weizen

hat abzugeben [2448]

Posener Saatbaugesellschaft,

Poznań, Wiazdowa 3.

Herrschafft Działki, powiat Gniezniński, Station

verkauf vorzügl. erhalt., kompl., absolut gebrauchsf.

Riegsäge mit 5 Säge-

blättern. Bezeich-